

Kindheiten

Lars Alberth | Christoph T. Burmeister |
Nicoletta Eunicke | Markus Kluge (Hrsg.)

Politiken der Kindheit

BELTZ JUVENTA

Kindheiten – Neue Folge

Herausgegeben von Helga Kelle

Die Reihe „Kindheiten“ (hrsg. von Imbke Behnken und Jürgen Zinnecker) hat seit Anfang der 1990er Jahre der damals neu entstehenden interdisziplinären Kindheitsforschung einen publizistischen Ort verschafft. Mit insgesamt 31 Bänden haben die beiden Herausgeber:innen entscheidend dazu beigetragen, eine sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektive auf Kinder und Kindheit und damit ein theoretisch und empirisch produktives Forschungsfeld zu etablieren.

Die Reihe „Kindheiten – Neue Folge“ führt diese Tradition fort, herausgegeben seit 2008 zunächst von Michael-Sebastian Honig und seit 2017 von Helga Kelle. Gegenüber den 1990er Jahren haben sich die Forschungsfragen verändert und an Universitäten und Fachhochschulen sind kindheitswissenschaftliche Studiengänge entstanden. Der sozial- und kulturwissenschaftliche Blick auf Kinder in unserer Gesellschaft muss nicht mehr durchgesetzt, er muss vermittelt, differenziert und kritisch weiterentwickelt werden. Die Reihe „Kindheiten – Neue Folge“ bleibt dabei ein zentraler Ort für Debatten der Kindheitsforschung.



Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>. Verwertung, die den Rahmen der **CC BY 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-7547-5 Print
ISBN 978-3-7799-7548-9 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-7799-8481-8 E-Book (ePub)
DOI 10.3262/978-3-7799-7548-9

1. Auflage 2024

© 2024 Lars Alberth, Christoph T. Burmeister, Nicoletta Eunicke, Markus Kluge
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Hanna Sachs
Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-100)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Politiken der Kindheit und das Politische der Kindheitsforschung
Lars Alberth, Nicoletta Eunicke, Christoph T. Burmeister und Markus Kluge [7](#)

I Das Politische der Kindheit

Zu einer postfundamentalistischen Theorie des politischen Kindes
Poststrukturalistische und neomaterialistische Einsätze
Markus Kluge und Christoph T. Burmeister [22](#)

Die Soziale Arena um Kindheit in der Covid-19-Pandemie
Über die Unterbrechung und Restauration des sozialinvestiven
Kindheitsmusters
Thomas Grunau [41](#)

Bespoke Foucault – Eine maßgeschneiderte Dispositivanalyse für die
empirische Kindheitsforschung am Beispiel unabhängiger Mobilität
von Kindern
Tabea Freutel-Funke [59](#)

Kindheit, Alltagsleben und Politik
Carsten Schröder und Nikias Obitz [81](#)

II Politiken ungleicher Bildungskindheiten

Bildungschancen und soziale Ungleichheit aus der Sicht von Kindern
Frederick de Moll und Miriam Schwarzenthal [100](#)

Reduktion sozialer Ungleichheit in früher Kindheit?
Orientierungen von Trägervertreter:innen, Fachkräften und Eltern
zur Umsetzung von Bildungsplänen in Kindertageseinrichtungen
Sylvia Nienhaus [118](#)

„In der Zeit hätten wir richtig viel eigentlich geschafft.“
Ungleiche Kinderpositionen zu ungleicher Bildungsteilhabe
Karin Kämpfe [133](#)

III Demokratie, Partizipation und Kinderrechte

Politiken dezentrieren: Kindheit und Demokratietheorie <i>Sarah Mühlbacher</i>	<u>152</u>
Die Paradoxie demokratischer Partizipation in Kindertages- einrichtungen und alternative Impulse der politischen Philosophie Jacques Rancières <i>Maksim Hübenenthal und Markus Kluge</i>	<u>169</u>
Frühe ‚Bildung für Demokratie‘ – Ein gesellschaftspolitisches Leitbild zwischen bildungspolitischen Vorgaben und pädagogischen Orientierungen <i>Leonhard Birnbacher und Judith Durand</i>	<u>186</u>
Gesellschaftliche Umbrüche: Kinder als Akteure und Statisten politischer Zukunftsprojekte <i>Claudia Dreke</i>	<u>204</u>
Kindheitswissenschaften als Professionsgeschichte der politischen Gestaltung von Kindheit <i>Sonja Franz</i>	<u>223</u>
Autor:innenverzeichnis	<u>241</u>

Politiken der Kindheit und das Politische der Kindheitsforschung

Lars Alberth, Nicoletta Eunicke, Christoph T. Burmeister und Markus Kluge

1 Kindheit ist politisch

„Kindheit ist sowohl Ordnungselement des Politischen als auch Objekt und Effekt mannigfaltiger Politiken, die sich auf sie beziehen, die sie indirekt gestalten oder die von ihr ausgehen. So schreibt sich die für die westliche Moderne typische Problematisierung differenter Kindheiten als Elemente staatlicher Steuerungsbemühungen auch gegenwärtig fort, zum Beispiel in Fragen des familialen Alltags in der Pandemie, in der Kindheit maßgeblich zunächst als Organisationsproblem für Erwachsene (Home-Schooling, Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit usw.) problematisch wurde, oder in restriktiven Zugängen geflüchteter Kinder zu Institutionen von Bildung und Wohlfahrt“ (Call for Papers zur Jahrestagung der Sektion Soziologie der Kindheit in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im November 2021).

Mit diesem Absatz begann der Call für die Veranstaltung, die diesem Sammelband zugrunde liegt. Eine solche Aussage mag ein kindheitssoziologisch informiertes Publikum nicht sonderlich überraschen, gründen doch zentrale Konzepte der Kindheitssoziologie, namentlich Akteurschaft und generationale Ordnung, in politischen Diskursen und Praktiken. Für den Fall der generationalen Ordnung genügt der Verweis auf die Parallelität des Konzepts mit der Geschlechterordnung, aus der schon Leena Alanen (1989) die theoriepolitische Forderung nach einer angemessenen Repräsentation von Kindern in der soziologischen Theoriebildung ableitete: Während sie feministischen Perspektiven zusprach, maßgebliche Veränderungen in der Soziologie zu bewirken, konstatierte sie dies dem Thema Kindheit jedoch nicht. Dies ist eine Analyse, die bis heute nicht an Aktualität eingebüßt hat (s. Punch 2020; Spyrou 2021); denn auch wenn die Kindheitsforschung mittlerweile einen Platz im Kanon der Sozialwissenschaften eingenommen hat, so wird ihr doch das Prestige (Hanson 2019) und die Schlagkraft, zum Querschnittsthema geworden zu sein abgesprochen, wie dies anderen Perspektiven gelungen ist (Punch 2020). Auch in Diskussionen zum Akteursstatus von Kindern und zu den Qualitäten kindlicher Agency wird explizit

ein Zusammenhang von politischen und sozialen Krisen mit der Konstitution von Kindheit hergestellt. Zuletzt geschah dies z. B. durch Auseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Status nichtmenschlicher Wesen (von Tieren, Aktanten, künstlicher Intelligenz usw., s. Watson/Millei/Peterson 2015) sowie durch Anregungen um die Konsequenzen aus dem zeitdiagnostischen Postulat des Anthropozäns (Taylor/Pacini-Ketchabaw 2005). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Kindheit war und ist somit immer auch (Disziplinen-)politisch zu denken.

Nun kann man sich gegenwärtig nicht ganz gegen den Eindruck verwehren, dass Kindheit in den letzten Jahren tatsächlich auch öffentlich sichtbarer als bisher zum Gegenstand politischer Aushandlungen gemacht wird. Cindy Katz (2008) spricht davon, dass Kindheit ein ‚Spektakel‘ ist, es also ein breites kollektives Interesse an der Ausgestaltung von Kindheit gibt und sich eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer Welten mit Investitionen in die Kindheit beschäftigen. Diese Fokussierung auf das Kind in gesellschaftlichen Debatten ist in sozialinvestive politische Strategien eingebettet (als „child-centered social investment strategies“, s. Esping-Andersen 2002), die besonders die Zukunft von Kindern betreffen (Betz 2022, de Moll/Schwarzenthal in diesem Band). Investitionen in die Kindheit erscheinen in politischen Debatten somit als „bulwark against ontological insecurity and other anxieties about the future“ (Katz 2008, S. 10). Diese Aufmerksamkeiten für Kindheit bedeuten jedoch nicht zwangsläufig, dass Kinder dabei selbst häufiger zu Wort kommen oder aus ihrer Perspektive berichtet würde (Campanello/Sprecher 2023). Jenseits ihres Status als Subjekte in der Politik sind sie gezielte, indirekt betroffene oder instrumentalisierte Objekte von Politik, um eine Unterscheidung von Jens Qvortrup (2012) aufzugreifen.

Was sind derartige manifeste empirische Anlässe, die auf das Politische von generationalen Arrangements und Kindheit aufmerksam machen? Ganz konkret und vielleicht am Extremsten lässt sich dies an den gegenwärtigen Kriegen, am politischen Terror und am Erstarken politischer Grenzregime zeigen, in denen Kinder die biopolitische Position als „nacktes Leben“ (Agamben 2002) gegenüber politischer Herrschaft zukommt. Gemeint ist damit die relativ folgenlose Tötbarkeit von Kindern im Rahmen politischer Gewaltausübung, der eine etablierte politische Inanspruchnahme von Kindern als moralisches Gut – im Sinne der „Macht der Unschuld“ (Bühler-Niederberger 2005b) – gegenübersteht. Beide Figuren stellen zwei Modi der Handhabung politischer Gewalt dar, die sich paradoxerweise nicht wechselseitig auszuschließen scheinen.

Politisch kontrovers erwies sich Kindheit auch in der Corona-Pandemie, in deren Verlauf sich Kindheit als Objekt politischer Entscheidungen immer mehr in den Vordergrund drängte: Waren Kinder zunächst verdächtig, das Infektionsgeschehen zu verschärfen (Grunau in diesem Band), so verschob sich der Diskurs mit der Zeit immer stärker in Richtung einer bildungspolitischen Misere: Beklagt wurden die gesellschaftlichen Kosten des Home-Schoolings (Stiftung

Marktwirtschaft 2020) und auch die psycho-sozialen Folgen für die Jüngsten (Ravens-Sieberer et al. 2022), da diese im Vergleich mit Erwachsenen stärker vom Zugang zu öffentlichen Räumen und Infrastrukturen ausgeschlossen waren. Zudem wurde jüngst herausgearbeitet, wie es durch die Pandemie zu einem Erstarren rechtspopulistischer Narrative kam und dabei bestimmter Bilder des Kindes und des guten, besorgten Aufwachsens genutzt wurden, um gegen-staatliche Positionen zu stützen (Sehmer/Simon/Schildknecht 2023).

Vielleicht weniger ‚dramatisch‘, aber nicht weniger relevant, ist der stärkere Einbezug von Kindern und Kindheit in institutionalisierten Arenen der Politik. Folgt man der politikwissenschaftlichen Unterscheidung von *polity*, *policy* und *politics* (Rohe 1994), so werden Kinder und Kindheit gesellschaftlich mit Bezug auf alle drei Kategorien sichtbar. Damit wird die gesellschaftliche Deutung der wechselseitigen Ausschließlichkeit von Politik und Kindheit – man sei entweder Kind oder politisches Subjekt – problematisch.

- *Polity*: Diskussionen darüber, ob und inwieweit Kinder Teil des politischen Gemeinwesens sind oder sein sollen, entspannten sich in jüngster Zeit immer wieder an der politischen Akteurschaft von Kindern, so etwa im Rahmen sozialer Bewegungen, die auf die Folgen des menschengemachten Klimawandels aufmerksam machen (für die Fridays for Future-Bewegung: Spyrou 2020). Hier haben sich Kinder in den letzten Jahren eine erhebliche Aufmerksamkeit in der globalen Politik erkämpft (Joseffson et al. 2023) und die Frage ihrer Repräsentation ist ein wichtiges Thema in politischen Debatten. An der Feststellung ihrer weitgehenden Marginalisierung hat dies jedoch nicht grundlegend etwas geändert (z. B. Osler/Kato 2022).
- *Policy*: Als zentraler Regelungsbereich von Kindheit kann weiterhin die Bildungspolitik genannt werden. Anzuführen sind hier insbesondere wiederkehrende sozialinvestive Steuerungsversuche, das Bildungsniveau der Schüler:innen auf der Basis international vergleichbarer Schulleistungserhebungen zu verbessern (mit mäßigem Erfolg: OECD 2023) und darüber Kindheit zu einem Regelungsbereich globaler Institutionen zu machen (Meyer/Benavot 2011). Die Bandbreite dieser Regelungsbereiche umfasst jedoch nicht nur die Bildungspolitik, sondern zum einen auch die Sozialpolitik, wie es sich zuletzt an der politischen Diskussion um Kinderarmut und die Kindergrundsicherung zeigte (Funcke/Menne 2023, siehe Kämpfe in diesem Band). Hierzu gehört auch eine Normalisierung der Hilfen für *alle* Familien (Mierendorff/Olk 2007), mit welcher die Grenzen zwischen öffentlich-pädagogischen Institutionen und privat-familiären Bereichen im Namen einer Kinderschutzpolitik neu verhandelt werden (Fegter et al. 2015). Zum anderen stellt die Familienpolitik einen bedeutenden Regulierungsbereich von Kindheit dar.

Dies betrifft nicht nur Maßnahmen klassischer Bevölkerungspolitik, sondern bspw. auch die Sicherstellung bzw. Regulierung einer „guten Elternschaft“ (Betz/Bischoff 2018; Edwards/Ugwudike 2023; König/Niederbacher 2022).

- *Politics*: Die Ebene des politischen Prozesses und dabei insbesondere der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsfindung und Durchsetzung politischer Entscheidungen mag vielleicht gesellschaftlich am wenigsten sichtbar ausfallen. Mittlerweile lassen sich vielfältige Formen der kommunalen und regionalen Beteiligung von jungen Menschen identifizieren. Zu nennen sind hier etwa Stadtjugendringe, Kinder- und Jugendparlamente oder projektbasierte Formen partizipativer Politik. Doch werden diese gesellschaftlich kaum als Regelfall politischer Entscheidungsfindung diskutiert und deren Entscheidungen sind häufig genug politisch nicht bindend (Sünker/Swiderek 2021). Gleichwohl gab es in den letzten Jahren auch Diskussionen um die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2019), die gesellschaftlich eine Reorganisation politischer Entscheidungsfindung zur Konsequenz gehabt hätte.

Zurück von diesen Beobachtungen auf die Bühne der Kindheitsforschung zeigt sich, dass dieser empirischen Sichtbarkeit des Politischen der Kindheit auch aktuelle philosophische und sozialwissenschaftliche Bemühungen entsprechen, die Bezüge zwischen Kindheit und Politik zu erschließen (international z. B.: Kallio/Mills/Skelton 2015; Rosen/Twamley 2018; Sandin et al. 2023). So fand ungefähr zeitgleich zur Jahrestagung der Sektion Soziologie der Kindheit in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie eine gemeinsame Tagung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung und des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld zum Thema „Politisierung der Jugend“ (Dahmen et al. 2024) statt. Ende des Jahres erschien zudem im Suhrkamp-Verlag ein Band zur *Philosophie der Kindheit* von Johannes Drerup und Gottfried Schweiger (2023), der sich nicht nur mit dem rechtlichen Status von Kindern beschäftigt, sondern unter der Überschrift „Kindheit in Gesellschaft und liberalem Staat“ Beiträge zur Autonomie junger Menschen, zum Wahlrecht und zu Gerechtigkeitsfragen versammelt (Giesinger 2023). Auch in den Politikwissenschaften beginnt derzeit eine Diskussion darüber, warum sie selbst bislang Kinder aus der eigenen Theoriebildung ausgeschlossen haben und wie die Themen Kindheit und Kinderrechte in politikwissenschaftliche Forschungsprogramme inkludiert werden könnten (Busen/Weiß 2023). Und im Rahmen breitenwirksamerer politischer Bildung wurde in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* im Frühjahr 2022 eine Ausgabe zum Thema „Kindheit und Politik“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2022) veröffentlicht. Zusammengefasst machen diese Beispiele deutlich, dass es weder eine Politik gibt, die Kinder nicht betrifft, noch eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Gegenstand Kindheit, die nicht politisch ist.

2 Kinderpolitik, Politiken der Kindheit und dass Politische der Kindheitsforschung: Zur Programmatik des Sammelbandes

Mit dem vorliegenden Sammelband sollen die verschiedenen Dimensionen des Verhältnisses von und zwischen Kindheit und Politik aufgezeigt und grundlegend beleuchtet werden. Neben dem Zweck, bestehende Perspektiven, Schwerpunkte und Ansätze zu bündeln, wird mit dem Band also das Ziel verfolgt, die gesellschaftsanalytische Relevanz von Kindern und Kindheit aufzuzeigen. Dabei stehen Fragen nach den differenten Modi und Zielen der Inanspruchnahme von Kindern und Kindheit in und durch Politik, nach den (nicht-)intendierten Konsequenzen politischer Prozesse auf Kinder und Kindheit, nach zentralen Paradoxien im Bezug von politischen Akteuren auf Kinder und Kindheit, aber ebenso grundsätzlich der Ent-/Politisierung von Kindern (auch durch Kinder selbst) im Mittelpunkt des Interesses.

Mit diesem Vorhaben wird an verschiedene Ansätze und Perspektiven der Kindheitsforschung angeschlossen: *Erstens* ist festzuhalten, dass die sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung seit ihrem Entstehen von politischen Argumenten begleitet wurde. So war es vor allem die Reklamation einer fehlenden Aufmerksamkeit für Kinder und Kindheit sowohl in der Gesellschaft als auch in der Soziologie, die als eine wichtige Triebkraft der Konstitution eines eigenen Feldes der soziologischen Kindheitsforschung begriffen werden muss. Als ein Verdienst dieser (mithin politischen) Initiative kann angesehen werden, dass Perspektiven und Positionen von Kindern gleichsam über die Forschung hinaus nun ein größerer Stellenwert beigemessen wird und sie deshalb in politischen Debatten sichtbar(er) gemacht und ernst(er) genommen werden (Punch 2020). Zugleich kann jedoch festgestellt werden, dass viele der entwickelten Konzepte und errungenen Einsichten vor allem innerhalb des Feldes bedeutsam sind, es der Kindheitsforschung dagegen aber bisher nicht im selben Maße wie bspw. der feministischen Forschung und Theorie gelungen ist, als revolutionäres wissenschaftspolitisches Projekt wahrgenommen zu werden (Rosen/Twamley 2018). Fragen der Institutionalisierung des Alters, von Alterskategorien oder von generationalen Ordnungen sind z.B. auch in intersektionaler Perspektive weder im Mainstream noch im breiten soziologischen Wissen angekommen – anders als Gender, ‚race‘ oder Klasse. Folgt man Punch (2020), so steht die politische Struktur des Feldes einer gesellschaftstheoretischen Perspektive auf Kinder und Kindheit entgegen.

Die Kindheitsforschung ist vor diesem Hintergrund durch eine grundlegende Spannung zwischen einer politischen Grundierung und den daraus resultierenden Effekten und Problemen gekennzeichnet. Die Auseinandersetzung mit Kindern und Kindheit ist auf der einen Seite nicht von einer politischen Dimension zu trennen; auf der anderen Seite gibt sie für den vorliegenden Sammelband Anlass, Fragen nach der politischen Dimension nicht nur von Kindheit, sondern auch der

Kindheitsforschung selbst zu stellen und in den Vordergrund zu rücken. Insofern steht der Sammelband ebenfalls für eine zunehmende reflexive Selbstbeobachtung von Kindheitssoziologie und Childhood Studies (siehe z. B.: Kluge 2021). Gerade die Jahrestagungen der Sektion Soziologie der Kindheit beschäftigen sich seit etwa zehn Jahren verstärkt mit den Auswirkungen der eigenen Forschung und ihrer Handhabung generationaler Kategorien auf Kinder und Kindheiten selbst: Dazu gehörten etwa die Jahrestagungen zu Kindheit und Erwachsenenheit in der Kindheitsforschung (Fangmeyer/Mierendorff 2017), zu Kindheit in gesellschaftlichen Umbrüchen (Dreke/Hungerland 2021) und die Auseinandersetzung mit forschungsethischen Themen (Joos/Alberth 2022).

Zweitens stehen der politischen Grundierung des Feldes Ansätze gegenüber, die das Verhältnis zwischen Kindheit und Politik theoretisch und/oder empirisch in den Blick nehmen. Dabei sind verschiedene Schwerpunkte auszumachen: Es lassen sich zuvorderst Positionen erkennen, die sich analytisch oder programmatisch mit ‚Kinderpolitik‘ (Klundt 2017; Mierendorff 2016) bzw. mit ‚Kindheitspolitik‘ (Ifland 2016) oder mit Kinderrechten auseinandersetzen (Archard 2015; Behrends 2017; Kittel/Funke 2022; Liebel 2020). In diesem Zusammenhang werden Kinder als politische Akteure (Hattinger-Allende 2021; Liebel 2020) verstanden, die politische Sozialisation von Kindern wird in Institutionen untersucht oder Bilder von Kindern und Kindheit in politischen Diskursen und Dokumenten nachgezeichnet (Betz/Bischoff 2013; Betz/Eunicke 2017; Bühler-Niederberger 2005a; Mierendorff/Ostner 2014). Auch wohlfahrtsstaatstheoretische Studien (Klinkhammer 2014; Mierendorff 2010; Olk/Hübenthal 2010), die Verortung von Kindheit im Kontext des globalen Kapitalismus (Spyrou/Rosen/Cook 2019), die konstituierende Relevanz von Kindern und Kindheit als Elemente moderner Vergesellschaftungspraktiken (Burmeister 2021) oder die Analyse der politischen Bezugnahme auf die frühe Kindheit z. B. im Ausbau frühpädagogischer Einrichtungen (Ostner 2009) lassen sich als Ansätze zum Verständnis der Beziehung von Kindheit und Politik verstehen.

Während einzelne Arbeiten eine spezifische Systematisierung z. B. von Kinderpolitik vornehmen (Klundt 2017) und es einige ältere Publikationen dazu gibt (Bühler-Niederberger 2010; Qvortrup 2012), die das Verhältnis von Kindheit und Politik quer zu solchen Ansätzen und ihren jeweiligen Perspektiven systematisch zu beleuchten suchen, fehlt jedoch eine dezidierte Auseinandersetzung mit der auch in bisherigen Forschungen und Publikationen ausgeführten Komplexität dieses Verhältnisses insbesondere in der deutschsprachigen Forschungslandschaft. Nicht zuletzt mit Blick auf die oben angeführten gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen (insbesondere der Corona-Pandemie und der Klimakrise), entfaltet sich hier eine Forschungslücke, in welche mit dem vorliegenden Sammelband vorgedrungen werden soll, insofern dessen Beiträge Kindheit als Brennglas politischer Logiken, Programme, Felder und Zugriffe betrachten.

Politiken der Kindheit sind damit nicht allein als Kinderpolitik im engeren Sinne zu verstehen, also allein als spezifische auf Kinder und ihr Aufwachsen gerichtete politische Maßnahmen. Vielmehr verknüpfen sich überdies vermeintlich disparate politische Ziele mit dem sozialen Status von Kindheit als gesellschaftlicher Strukturkategorie, in der sich private wie öffentliche Interessen kreuzen respektive diese Verhältnisse überhaupt erst hervorgebracht und immer wieder neu ausgehandelt werden. Politiken der Kindheit sind in Aushandlungsprozesse in sozialen Arenen eingebunden und selbst mehrdimensionale Arena gesellschaftlicher Gestaltungsbemühungen, in denen Akteure um die Durchsetzung und Legitimation von Interessen, um Verteilung von Ressourcen und Rechten sowie um Anerkennung von Identitäten ringen, die sich explizit auf Kinder als soziale Gruppe beziehen können, aber keinesfalls müssen.

3 Die Beiträge des Bandes

Die Beiträge dieses Bandes sind um drei Gegenstandsbereiche des Verhältnisses von Kindheit und Politik herum gruppiert: Das Politische der Kindheit (Teil 1), Politiken ungleicher Bildungskindheiten (Teil 2) und der Zusammenhang von Demokratie, Partizipation und Kinderrechten (Teil 3).

Teil 1 versammelt empirische und konzeptionelle Beiträge, die das grundsätzliche Verhältnis von Kindheit, Politik und dem Politischen ausloten. Die Beiträge dokumentieren für verschiedene politische Arenen und soziale Sphären, wie sehr Kindheit und Politik wechselseitig äußerlich institutionalisiert sind und wie damit Kinder und Kindheiten als Objekte von Politiken fungieren: Einerseits werden sie in die diskursive wie materielle soziale Organisation des Selbstverständlichen eingebunden und andererseits Praktiken des ‚Silencing‘ unterworfen, die sich durch den Alltag von Kindern ziehen.

Der Band wird von *Markus Kluge* und *Christoph T. Burmeister* mit einer Kritik an essentialistischen Perspektiven auf Kinder und Kindheit eröffnet, wie sie allenthalben im Privaten sowie in Öffentlichkeit und Wissenschaft vorzufinden sind. Sie entwickeln in ihrem konzeptionellen Beitrag wesentliche Grundzüge einer postfundamentalistischen Theorie des politischen Kindes. Dabei finden sich im Feld der Kindheitsforschung zwar durchaus kritische Positionierungen gegenüber essentialisierenden Verständnissen, es fehlt jedoch an dezidiert konzeptionellen Arbeiten zu nicht-essentialistischen Perspektiven auf Kind/Kindheit im politischen Kontext. Diesem Desiderat begegnen die Autoren mithilfe post-strukturalistischer und neumaterialistischer Einsätze. Sie entwickeln die These, dass Kind wie Kindheit stets als politisch zu begreifen sind und ihnen insofern erhebliches gesellschaftsanalytisches Potenzial zukommt.

Im Text von *Thomas Grunau* wird eine Diskursanalyse der medialen Berichterstattung zu Kindheit in der Corona-Pandemie präsentiert. Das Politische der Kindheit, so argumentiert der Autor, konstituiert sich nur zum Teil in der Arena von politischen Institutionen, Parlamenten und Bundestagsdebatten, sondern gerade in der breiten Öffentlichkeit. Grunaus neopragmatische Analyse weist dann auch nach, wie sehr Kindheit von Anfang an im Zentrum der medialen Berichterstattung zur Corona-Pandemie stand und wie stark sich der Diskurs um die Vorstellungen einer sozialinvestiven Kindheit herum organisierte.

Auch *Tabea Freutel-Funke* wendet sich der öffentlichen Konstitution von Kindheit zu – ihr Zugang fällt dabei wesentlich materialistischer aus: Sie untersucht die Mobilität von Kindern im städtischen Raum von New York City. In ihrer Dispositivanalyse arbeitet sie heraus, dass die Organisation des städtischen Verkehrs erheblichen Einfluss auf die für Kinder verfügbaren und zugänglichen Räume in der Öffentlichkeit hat. Erwachsene – Eltern wie lokale Stadtpolitiker:innen – reagieren darauf mit protektiven Bewegungsarrangements, die Unfälle und Todesfälle zu vermeiden suchen, indem sie ‚erwachsene Verantwortungsträger:innen‘ einbinden, etwa Verkehrslotsen oder Eltern, die ihre Kinder im Straßenverkehr an die Hand nehmen. Diese Puffer-Funktion von Erwachsenen lässt aber zudem erkennen, dass sich damit die verkehrspolitische Gestaltung von Kindheit auf Kinder als Schulkinder reduziert und sich gerade nicht an den Bedürfnissen und Interessen von Kindern orientiert.

Im letzten Beitrag des ersten Teils beschäftigen sich *Carsten Schröder* und *Nikias Obitz* mit dem Politischen der Kindheit aus der Perspektive einer kritischen Theorie des Alltags. Auch sie gehen von einer nur scheinbaren Selbstverständlichkeit aus, nämlich von der Linearität der Zeiten, Rhythmen und Routinen in der Organisation des Alltags von Kindern. In dieser Linearität gründet die sozialinvestive Institutionalisierung von Kindheit, die auf die Verwertbarkeit von Kindern in ihren zukünftigen Erwerbskontexten abzielt und die in den Familien, Schulen und Vereinen eingeübt und umgesetzt wird – so Schröder und Obitz. Obwohl sich für die Autoren das Politische von Kindheit und generationaler Ordnung aus den Widersprüchen und Konflikten der kapitalistischen Produktionsweise ergibt, sehen sie in ebendiesem Alltag zugleich die Möglichkeitsbedingung für die politische Subjektivität von Kindern.

Der zweite Teil des Sammelbandes konzentriert sich auf den Zusammenhang von Politiken der Bildungskindheit und sozialer Ungleichheit. Im Gegensatz zum ersten Teil wird in allen drei Beiträgen hier ein konkretes Feld empirisch analysiert, das der politischen Gestaltung moderner Kindheiten eine konkrete Form gibt: Institutionen der Bildung und Betreuung.

Der erste Beitrag von *Frederick de Moll* und *Miriam Schwarzenhal* invertiert den üblichen bildungssoziologischen Blick auf die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch das Schulsystem. Sie untersuchen die Perspektiven von Schulkindern auf zentrale ungleichheitsgenerierende Mechanismen der

schulischen Leistungsbewertung, und zwar in Abhängigkeit von ihrer eigenen Klassenzugehörigkeit. Zusammenfassend kommen de Moll und Schwarzenthal zu der Einschätzung, dass Kinder prinzipiell an eine Leistungsgerechtigkeit der Schulen glauben, obwohl Kinder mit niedriger sozialer Herkunft und mit Einwanderungsgeschichte um den entsprechenden Mehraufwand wissen, der ihnen abverlangt wird. Offen bleibt, wie institutionell auf das demokratietheoretische Problem einer solchen habituellen Systemkonformität zu reagieren ist.

Der zweite Beitrag stammt von *Sylvia Nienhaus*. Mit ihrer Untersuchung von Orientierungen und Positionierungen zur Bildungsungleichheit in der frühen Bildung konturiert sie ein weiteres wichtiges Feld des Aufwachsens von Kindern. In Leitfaden-Interviews mit Träger-Vertreter:innen von Kitas, Fachkräften und Eltern arbeitet sie deren Blicke auf die Funktion von Bildungsplänen heraus. Dabei zeigt sich, dass die erwachsenen Akteure diesem politischen Instrument nicht zutrauen, soziale Ungleichheiten per se zu reduzieren. Einigkeit besteht unter den Befragten dahingehend, dass sie die praktische Umsetzung zentral setzen; Uneinigkeit besteht indes dahingehend, wer denn nun entsprechend mehr beitragen sollte. Hier stehen sich Fachkräfte und Eltern gegenüber, während die Mitglieder der Träger-Organisationen die Verantwortung wahlweise nach oben, d. h. an die Politik, oder nach unten, d. h. an die pädagogischen Fachkräfte, delegiert wissen wollen.

Im letzten Beitrag dieses Buchteils kehrt *Karin Kämpfe* sowohl zur Schule als auch zur Perspektive der Kinder zurück. In Gruppendiskussionen mit Grundschulkindern wird die institutionalisierte Bildungsteilnahme und damit das politische Recht auf Partizipation von Kindern an den sie betreffenden Belangen fokussiert. Hier zeigt sich jedoch ein Spannungsfeld, in dem sich das Recht auf selbstbestimmte Bildungsteilnahme und die fremdbestimmte institutionelle Logik der Schule gegenüberstehen. Die Mitschüler:innen scheinen sich wechselseitig in der Erfüllung der Beteiligungsnorm zu enttäuschen, wenn diese einerseits zu erhöhtem Arbeitsaufwand führt, andererseits auch als Vorenthalten von Bildungsmöglichkeiten im schulischen Regelbetrieb interpretiert wird.

Zusammengenommen zeigen diese Beiträge, dass Politiken im Namen von Kindheit nicht mit Politiken im Interesse von Kindern zusammenfallen. Die neue pädagogische Expertise zur Beteiligung von Kindern baut offenbar noch immer auf deren Komplizenschaft mit der generationalen Ordnung auf, die den institutionellen Programmen eingeschrieben bleibt. Und diese Komplizenschaft irritiert nun genau jene Politiken, die versuchen, die etablierte generationale Asymmetrie zu durchbrechen.

Der dritte und letzte Teil des Sammelbandes bietet abschließend theoretische Überlegungen zu und empirische Schlaglichter auf Kinder als politische Subjekte und Rechtssubjekte und daran anschließende institutionelle Prozesse bzw.

Programme der Demokratisierung. Die fünf Beiträge variieren dabei deutlich ihre wahlweise positive wie kritische Positionierung zu Kinderrechten, Partizipation und politischer Akteurschaft von Kindern.

Im ersten Beitrag setzt sich *Sarah Mühlbacher* mit der politischen Theorie der Kinderrechte auseinander. Ihr Anspruch ist die Dezentrierung von Kinderrechten und Politiken der Teilhabe. An die Stelle einer liberalen Theorie der Kinderrechte und der Partizipation, deren vertragsrechtliche Grundlagen notwendigerweise Kinder ausschließt, soll eine Politik der Sorge treten, welche politische und soziale Teilhabe an die Teilnahme an Sorgeverhältnisse knüpft – wobei die Autorin zugleich eine Lücke etablierter Care-Theorien hervorhebt: nämlich die Marginalisierung der Perspektive der Versorgten. Als Gegenkonzept zu üblichen Rechtskonzepten und Partizipationsvorstellungen müssen Politiken der Sorge und der Differenz treten, die – obschon niemals grundsätzlich vor Paternalismus gefeit – zu einer freieren und weniger exkludierenden Vorstellung und Praxis von Teilhabe und Bürger:innenschaft führen könnten.

Auch *Maksim Hübenhal* und *Markus Kluge* betonen die paradoxe Konstitution demokratischer Partizipation. Sie konzedieren, dass im Rahmen neuerer Betreuungs- und Bildungspolitik die Beteiligung von Kindern gestärkt wurde und sich eine geradezu partizipationseuphorische Stimmung auf Seiten der Institutionen der frühen Bildung etabliert habe. Dennoch sei ein kritischer Blick auf die moralische Aufgeladenheit dieses Geschehens notwendig. In einer von Jacques Rancières radikaldemokratisch angeleiteten Dekonstruktion des Partizipationsdiskurses und von Programmen der Demokratiebildung in der frühen Bildung argumentieren sie für eine Differenzierung von Partizipation und Demokratie. Entsprechend müssen sich partizipatorische Bildungsprogramme damit konfrontiert sehen, dass sie möglicherweise überhaupt nicht dazu beitragen, die undemokratischen und asymmetrischen Aspekte der generationalen Verhältnisse in den Einrichtungen zu verändern.

Leonhard Birnbacher und *Judith Durand* folgen einer ähnlichen Spur, lenken aber den analytischen Blick weg von den internen Paradoxien der Partizipationsprogramme hin zu den normativen Leitbildern, die der Demokratiebildung eingeschrieben sind, sowie ob und wie sie über die gesellschaftlichen Aggregatsebenen hinweg variieren. Es geht also um die (In-)Konsistenz der Leitbilder zwischen ihrer makrosozialen Institutionalisierung in Bildungsplänen und der mikrosozialen Umsetzung durch die Fachkräfte in den Kitas. Die Autor:innen kommen zu dem Ergebnis, dass sich über die Ebenen hinweg eine affirmative pädagogische Haltung zu Beteiligung und Demokratiebildung nachweisen lässt, die aber die generationalen Verhältnisse und die grundsätzliche Sozialisationsperspektive, die Kinder zuallererst als Demokrat:innen im Werden entwirft, politisch nicht überschreitet und sich damit als ideologische Staatsapparate im Sinne von Louis Althusser entlarvt.

Demgegenüber insistiert *Claudia Dreke* auf der politischen Akteurschaft von Kindern. Ihr Material stammt aus der Wendezeit und ist somit historischer Natur. Situationen gesellschaftlichen Umbruchs sind durch Infragestellung normativer Gefüge und Versuche der Neuordnung gekennzeichnet, in denen gleichsam die Zuschreibungen politischer Akteurschaft zur Neuverhandlung anstehen, so die Autorin. Über die gesellschaftliche Anerkennung der politischen Akteurschaft von Kindern hinaus bieten nach Dreke gesellschaftliche Umbrüche auch einen kollektiven wie individualbiographischen Anlass für Kinder, sich selbst als (un-)politische Akteure zu verstehen. Der Blick auf vergangene gesellschaftliche Umbrüche erlaubt es daher, Prozesse der politischen Sozialisation genauer zu verstehen.

Der letzte Beitrag im Sammelband ist zugleich ein Bericht über und ein Plädoyer für die Kindheitswissenschaften als Kinderrechtsprofession. *Sonja Franz* rekonstruiert das Professionsprojekt der Kindheitswissenschaften, wie es an der Hochschule Magdeburg-Stendal entwickelt und gelehrt wird. Dezidiert setzt es sich von der etablierten Sozialen Arbeit ab, die das Feld der Kinder- und Jugendhilfe dominiert. Aus einer explizit parteilichen Positionierung heraus eruiert Franz zentrale berufliche Handlungsfelder der Kindheitswissenschaften, die sich durch einen eigenen ‚speziellen Blick‘ auszeichnet, so die Autorin. Über eine kinderrechtskonforme Arbeit mit Kindern hinaus kommt dieser neuen Profession auch eine gesellschaftliche Vermittler:innenrolle zu: Ihre Aufgabe ist es, Expertise zu und Verantwortung für Kinder und Kindheit in politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen.

Im dritten Teil des Sammelbandes werden somit herkömmliche Konzeptionen von Kinderrechten und Partizipation theoretisch und empirisch herausgefordert und neu beleuchtet. Mit dem vorliegenden Sammelband werden also die vielfältigen Beziehungen zwischen Kindheit und Politik systematisch untersucht und auch neuere Diskussionen im Feld der Kindheitsforschung sichtbar gemacht. Zentraler Ankerpunkt ist das Feld der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung, zugleich wird der Band aber als Beitrag zu allgemeineren sozial- und kulturwissenschaftlichen Debatten verstanden. Ziel ist es schließlich, eine kindheitssoziologisch fundierte Gesellschaftsanalyse voranzubringen und zu inspirieren.

Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer: Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Alanen, Leena (1989): Von kleinen und großen Menschen, In: *Das Argument* 173, S. 79–89.
- Archard, David (2015): *Children. Rights and Childhood* (3. Aufl.). London u. a.: Routledge.
- Behrends, Theresa (2017): Das Kind als (Menschen-)Rechtssubjekt. Zur Form der Kinderrechte. In: Fangmeyer, Anna/Mierendorff, Johanna (Hrsg.): *Kindheit und Erwachsenenheit in sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 22–36.

- Betz, Tanja (2022): Leitbilder „guter Kindheit“: Die Utopie der Chancengleichheit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kinder und Politik. Aus Politik und Zeitgeschichte 72, H. 13–14, S. 41–47.
- Betz, Tanja/Bischoff, Stephanie (2013): Risikokind und Risiko Kind. Konstruktionen von Risiken in politischen Berichten. In: Kelle, Helga/Mierendorff, Johanna (Hrsg.): Normierung und Normalisierung der Kindheit. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 60–81.
- Betz, Tanja/Bischoff, Stephanie (2018): Machtvolle Zuschreibungen ‚guter‘ Elternschaft: Das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung. In: Sozial Extra 42, H. 3, S. 38–41. DOI: 10.1007/s12054-018-0037-z.
- Betz, Tanja/Eunicke, Nicoletta (2017): Kinder als Akteure in der Zusammenarbeit von Bildungsinstitutionen und Familien? Eine Analyse der Bildungs- und Erziehungspläne. Frühe Bildung 6, H. 1, S. 3–9.
- Bühler-Niederberger, Doris (2005a): Kindheit und die Ordnung der Verhältnisse. Von der gesellschaftlichen Macht der Unschuld und dem kreativen Individuum. Weinheim und München: Juventa.
- Bühler-Niederberger, Doris (2005b): Macht der Unschuld: Das Kind als Chiffre. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bühler-Niederberger, Doris (2010): Organisierte Sorge für Kinder, Eigenarten und Fallstricke – eine generationale Perspektive. In: Bühler-Niederberger, Doris/Mierendorff, Johanna/Lange, Andreas (Hrsg.): Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden: Springer VS, S. 17–42.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2019): Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Zum Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz aus November 2019 und seiner Diskussion. www.bundestag.de/resource/blob/686886/b2af36983d73f4803cdfbfab95e96e0a/WD-3-012-20-pdf-data.pdf (Abfrage: 05.02.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2022): Kinder und Politik. Aus Politik und Zeitgeschichte 72, H. 13–14.
- Burmeister, Christoph. T. (2021): Das Problem Kind. Ein Beitrag zur Genealogie moderner Subjektivierung. Weilerswist: Velbrück.
- Busen, Andreas/Weiß, Alexander (2023): Kinderrechte sind (keine) Menschenrechte. Zur Politischen Theorie von Kinderrechten. In: Johannes Haaf et al. (Hrsg.): Die Grundlagen der Menschenrechte. Moralisch, politisch oder sozial? Baden-Baden: Nomos, S. 175–210.
- Campanello, Margot Vogel/Sprecher, Patrick (2023): Zwischen dem Rauschen im Blätterwald: Eine diskursanalytische Untersuchung medialer Perspektiven auf Kinder und Kindheiten. In: Heite, Catrin/Magyar-Haas, Veronika (Hrsg.): Kindheit(en) im Blick zeitgenössischer Forschungen. Springer VS, S. 121–146.
- Dahmen, Stephan/Demir, Zeynep/Ertuğrul, Baris/Kloss, Daniela/Ritter, Bettina (Hrsg.) (2024): Politisierung von Jugend. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Dreke, Claudia/Hungerland, Beatrice (Hrsg.) (2021): Kindheit in gesellschaftlichen Umbrüchen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Drerup, Johannes/Schweiger, Gottfried (Hrsg.) (2023): Philosophie der Kindheit. Berlin: Suhrkamp.
- Edwards, Rosalind/Ugwudike, Pamela (2023): Governing Families: Problematising Technologies in Social Welfare and Criminal Justice. Houndmills: Routledge.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002): A Child-Centered Social Investment Strategy. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hrsg.): Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford Academic, S. 26–67. DOI: 10.1093/0199256438.001.0001.
- Fangmeyer, Anna/Mierendorff, Johanna (2017): Kindheit und Erwachsenenheit in sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Fegter, Susann/Heite, Catrin/Mierendorff, Johanna/Richter, Martina (2015): Neue Aufmerksamkeiten für Familie – Diskurse, Bilder und Adressierungen in der Sozialen Arbeit. In: Fegter, Susann/Heite, Catrin/Mierendorff, Johanna/Richter, Martina (Hrsg.): Neue Aufmerksamkeiten für Familie. Diskurse, Bilder und Adressierungen in der Sozialen Arbeit. Verlag Neue Praxis, S. 3–11.

I Das Politische der Kindheit

Zu einer postfundamentalistischen Theorie des politischen Kindes

Poststrukturalistische und neumaterialistische Einsätze

Markus Kluge und Christoph T. Burmeister

1 Einleitung: Kinder und Kindheit sind politisch

Dass Kinder politisch sein *können*, ist in jüngerer Vergangenheit mit der Fridays-for-Future-Bewegung einer breiteren Öffentlichkeit (wieder) gewahr geworden. Freilich finden sich in der europäischen Geschichte einige Beispiele politisch engagierter Kinder, erinnert sei an den aufrührerischen Kinderaufstand in Paris am Vorabend der Revolution von 1789 (Farge/Revel 1989). Doch können nicht nur einzelne von Kindern initiierte reformerische oder revolutionäre Handlungen als politisch gerahmt werden, vielmehr sind Kind und Kindheit selbst, so unsere These, als politisch zu begreifen. Wenn etwa Erasmus von Rotterdam (1968) zu Beginn des 16. Jahrhunderts bei Erziehungsfragen empfiehlt, das Fürstenkind solle „die Tugend lieben lernen, die Schande verabscheuen und sich vom Unehrenhaften aus Scham, nicht unter Zwang fernhalten“ (ebd., S. 125), dann obliegen die Bestimmungen von Tugend, Schande und Unehre nicht beim Kind, sondern gehen ihm als moralische Werte einer politischen Ordnung voraus. Ziel der empfohlenen Erziehung ist derweil, dass das Kind die erwünschten Werte nicht nur kennt, sondern unreflektiert fühlt, also einen entsprechenden ‚inneren Kompass‘ – ein Gewissen – ausbildet. Auch wie das Kind vom Erwachsenen richtig zu erziehen ist, nämlich ohne Zwang, kommt zum Ausdruck. Es werden also Kind und Erwachsene:r beziehungsweise Kindheit und Erwachsenenheit in ein Verhältnis gesetzt; mithin ein Verhältnis, wie wir argumentieren, das beide erst hervorbringt. Überdies verweist der bloße Umstand, dass es sich hier um Ratschläge zur Erziehung eines christlichen Fürsten handelt, auf den Klassen respektive Ungleichheiten (re-)produzierenden Charakter erzieherischer Praktiken. Nun mögen Erasmus’ Ratschläge womöglich in die Jahre gekommen sein, doch macht allein diese grobe Skizze deutlich, dass sowohl Kindheit/Erwachsenheit-Verhältnisse grundlegende Elemente des Politischen sind als auch ein Kind stets Effekt und Produkt einer historischen politischen Ordnung ist, welche ihm je spezifisch einen Subjekt- und Objektstatus verleiht; sie also mit ontologischen,

epistemologischen und rechtlichen Essentialisierungen darüber einhergeht, was ein Kind ist, kann, benötigt, darf und was es nicht ist, nicht kann, nicht benötigt, nicht darf. Insofern sind Kind wie Kindheit *immer politisch*.

Um dieser grundlegenden und zugleich komplexen Vielschichtigkeit von Kindern als politische Subjekte und politische Objekte sowie als Elemente des Politischen überhaupt sichtbar und sodann beschreib- wie analysierbar zu machen, entwickeln wir in diesem Beitrag die Grundzüge einer postfundamentalistischen Theorie des politischen Kindes. Diese eruieren wir, indem wir uns zwei theoretischen Strömungen zuwenden, die auch in der kindheitstheoretischen Diskussion herangezogen werden, um nicht-essentialistische Perspektiven auf Kinder und Kindheit zu entfalten – dem Poststrukturalismus und dem Neuen Materialismus. Der kindheitstheoretischen Bezüge zum Trotz finden sich erstaunlicherweise jedoch keine konzeptionellen Auseinandersetzungen nach Fragen des politischen Kindes oder des Politischen der Kindheit sowie der Verhältnisse von Kindheit und Erwachsenenheit. Daher loten wir anhand kulturtheoretischer Grundannahmen, die beide Strömungen teilen, und je leitender Begriffe sowie der Auseinandersetzung mit deren jeweiligem Verständnis von Politik oder dem Politischen aus, wie das politische Kind nicht-essentialistisch beziehungsweise postfundamentalistisch gedacht werden kann. Wie auch innerhalb dieser theoretischen Strömungen wollen wir dabei keinen Begriff der Politik oder des Politischen vorab festlegen, sondern deren Orten im Poststrukturalismus und Neuen Materialismus nachspüren. Ziel des Beitrags ist es also, poststrukturalistische und neumaterialistische Einsätze und begriffliche Werkzeuge zu erschließen, die dienlich sind, die skizzierte Vielschichtigkeit einzufangen und die Elemente für eine postfundamentalistische Theorie des politischen Kindes bereithalten.

Um die Notwendigkeit eines solchen Vorhabens zu verdeutlichen, greifen wir im folgenden Schritt den historischen Faden wieder auf. Wir gehen knapp auf Kindheit als dasjenige Element des Politischen ein, durch welches die zukünftige Gegenwart der Gesellschaft sichergestellt werden soll, und skizzieren dann schlaglichtartig drei Bezugnahmen auf beziehungsweise Positionierungen von Kindern in politischen Debatten und Institutionen; konkret geht es hier um Kinderrechte, Partizipation und Wahlrecht (Kap. 2). Dabei zeigt sich nicht nur, dass adulte Vereinnahmungen sich auch (oder gerade) dann vollziehen, wenn sie im Namen der Kinder erfolgen, sondern dass sie überdies meist von Essentialisierungen des Kindes geprägt sind. Um sich demgegenüber einer nicht-essentialistischen, postfundamentalistischen Theorie des politischen Kindes zu nähern, erörtern wir anschließend zunächst zentrale kulturtheoretische Grundannahmen beider Strömungen (Kap. 3), bevor wir uns den poststrukturalistischen (Kap. 4) sowie neumaterialistischen Konzepten nähern (Kap. 5) und im Fazit die Einsätze und Elemente zusammentragen (Kap. 6).

2 Politische Essentialisierungen von Kind/Kindheit: Kinderrechte, Partizipation und Wahlrecht

Kind und Kindheit kommen als politische Subjekte/Objekte und Elemente des Politischen seit der Frühen Neuzeit eine besondere, weder in den Sozial- und Kulturwissenschaften noch der Politischen Theorie noch der interessierten Öffentlichkeit hinreichend reflektierte Funktion zu. Denn seit dieser Zeit, so fasst es Michel Foucault (1968), erträumt sich eine jede westliche Gesellschaft in ihrer Pädagogik „ihr Goldenes Zeitalter“ (ebd., S. 123). Praktiken der Erziehung sind strukturiert durch eine zukünftige Gegenwart der Gesellschaft, die es im Kind und durch das Kind, seine Entwicklung und Erziehung, herzustellen oder sicherzustellen gilt (Burmeister 2021, S. 153 ff.). Dies gilt also für gesellschaftliche Verhältnisse reproduzierende ebenso wie für transformierende Bestrebungen; um nochmals Erasmus' zu bemühen: „Sei darauf bedacht, daß Du Kinder für die Regierung heranbildest, die Dich als Herrscher übertreffen!“ (1968, S. 47). Praktiken der Erziehung sind (auch) insofern durch und durch politisch.

Im 18. Jahrhundert wurde schließlich vollends eine strikte Trennung von Kindheit und Erwachsenenheit vollzogen und zum Zweck der (Re-)Produktion der Produktionsverhältnisse, so Foucault (1968) weiter, „ein irrales Milieu ohne Beziehung zur Welt der Erwachsenen um die Kinder aufgebaut“ (ebd., S. 122). Zweifelsohne ist seit jener Zeit viel geschehen. Kindheit hat sich als Entwicklungs-kindheit durchgesetzt und erscheint als Schutz- und Vorbereitungsraum einer individuellen Biografie (Honig 1999, S. 92). Doch strukturieren eine institutionalisierte Altershierarchie, De-Kommodifizierung, Scholarisierung und Familialisierung als „Muster moderner Kindheit“ (Mierendorff 2010) maßgeblich die alltägliche Wahrnehmung und sind gewöhnliche, selbstverständliche wie prägende Erfahrungen westlicher Subjekte; Muster indes, die Effekte generationalen Ordners sind und die als solche gesellschaftliche Ordnung mit konstituieren (Bühler-Niederberger 2005). Nach wie vor ist die Geschichte der Kindheit, wie Doris Bühler-Niederberger (2023) konstatiert, eine der ‚generationalen Herrschaft‘ geblieben, „eine Geschichte der Vereinnahmung der nächsten Generation im Namen der Zukunft, wie sie sich die ältere Generation vorstellt“ (ebd., S. 64) – mithin eine Vereinnahmung instrumenteller Vernunft.

Adultive Vereinnahmungen geschehen dabei häufig durch Bezugnahmen auf und Positionierungen von Kindern in politischen Institutionen und Debatten. Sie gehen dabei, wie wir gleich zeigen, einher mit beziehungsweise gründen auf Essentialisierungen des Kindes. Das heißt, es wird stets in einer normativen Weise zum Ausdruck gebracht oder verhandelt, wer oder was das Kind ist oder sein soll, und welche Eigenschaften es kennzeichnen, von ihm zu erwarten sind oder erwartet werden können. Dies erläutern wir anhand dreier Schlaglichter der

Die Soziale Arena um Kindheit in der Covid-19-Pandemie

Über die Unterbrechung und Restauration des sozialinvestiven Kindheitsmusters

Thomas Grunau

1 Einleitung

„Kitas sind die schlimmsten Virenschleudern“¹. „[S]ind [Kinder, TG] möglicherweise viel weniger ansteckend als Ältere?“² Wer in den Jahren 2020 und 2021 Medienberichte gelesen, Parlamentsdebatten verfolgt oder sich in sozialen Netzwerken umgesehen hat, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit widersprüchlichen Positionen in Bezug auf die Relevanz von Kindern in der Covid-19-Pandemie begegnet. Politische Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten für Kinder drastische Konsequenzen. Sie, die zuvor mehrere Stunden am Tag in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen oder öffentlichen Orten (z. B. Spielplätze) verbracht hatten, sollten nun für eine unbestimmte Zeit möglichst zu Hause bleiben. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Sozialwissenschaften wurde dieser Moment als Zäsur wahrgenommen: Das Muster sozialinvestiver Kindheit, das sich in den letzten Jahrzehnten als dominantes Muster gegen jenes der Familienkindheit durchgesetzt hat und das öffentliche Bildung als zentralen Schlüssel zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit einsetzt (exemplarisch: Betz/Bischoff 2018), wurde ausgesetzt.

Nahezu unmittelbar nach Ausbrechen der Covid-19-Pandemie bildeten sich soziale Arenen, in denen um das Für und Wider dieser Maßnahmen gestritten wurde. Soziale Arenen werden in diesem Beitrag in Anlehnung an Strauss (1993) und Clarke (Clarke/Star 2008) als politische Orte begriffen, an denen die Richtigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit spezifischer Maßnahmen zur Bearbeitung sozialer Probleme ausgefochten werden. So wurde u. a. in den auf den folgenden Seiten zu fokussierenden Print- und Online-Medien über

1 www.zeit.de/gesellschaft/2020-04/kitaschliessung-coronavirus-alleinerziehende-pandemie-lockerung (Abfrage: 19.01.2024).

2 www.zeit.de/2020/23/coronavirus-kinder-jugendliche-infektionen-verlauf-ansteckung (Abfrage: 19.01.2024).

konfligierende gesellschaftliche Interessen gerungen. Ein Beispiel hierfür ist die Gegenüberstellung von Maßnahmen und Mittel zur Pandemiebekämpfung und der Wunsch nach Aufrechterhaltung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens (Cappel/Kappler 2022).

Das Aufeinanderprallen pluraler Rechtfertigungen während der Covid-19-Pandemie machte sich besonders im thematischen Zusammenhang mit Kindern bemerkbar. Im Folgenden steht deshalb die analytische Rekonstruktion der sozialen Arena um Kindheit(en) in der Pandemie im Zentrum. Fokussiert wird die Diskursebene medialer Berichterstattung. Es wird wie folgt verfahren: Skizziert wird zunächst das sozialinvestive Muster von Kindheit und dessen Entwicklung. Ein Ort der diskursiven Hervorbringung (nicht nur) dieses Kindheitsmusters ist die politische Sphäre (Mierendorff 2019), wie mit Blick auf den Forschungsstand ersichtlich wird. Anhand der Forschungslage wird deutlich, dass häufig ein Fokus auf die parlamentarische Politik und die dortige Hervorbringung von Kindern und Kindheiten stattfindet. In Rekurs auf diskurstheoretische Überlegungen (Nonhoff 2007) sowie neopragmatische Konstrukte wie jenes der sozialen Arena (Clarke 2012) soll in diesem Beitrag deshalb ein weiter Begriff des Politischen entfaltet werden, der auch diskursive Auseinandersetzungen um (sozialinvestive) Kindheit(en) in den Medien einschließt. Diese Theoreme dienen im empirischen Teil des Beitrags der Bearbeitung von Print- und Online-Medienberichten zur sozialen Arena um pandemische Kindheit(en). Analysiert wurden hierzu Artikel überregionaler Medienverlage wie „Der Spiegel“, „Bild“ oder „Die Zeit“. Der aus über 1000 Diskursfragmenten bestehende Korpus wurde sowohl korpuslinguistisch als auch mit Mitteln der Situationsanalyse untersucht. Es wird aufgezeigt, wie auf Kinder und Kindheit(en) rekurriert wird, um je nach Pandemiephase die Unterbrechung sozialinvestiver Kindheit(en) bzw. die antagonistische Forderung nach Restauration selbiger zu legitimieren. Die Ergebnisse des Beitrags werden in einem abschließenden Fazit sondiert.

2 Sozialinvestive Kindheit(en): Forschungslage und theoretische Rahmung

In der Moderne hat sich Kindheit als relativ stabile Institution herausgebildet, in deren Zentrum die Vorstellung eines möglichst langen, behüteten Moratoriums steht (Bühler-Niederberger 2011). In nationalen und transnationalen Kontexten nimmt Kindheit demnach eine herausragende Position in der Sozialstruktur ein. Diese Kontexte sind im europäischen Raum wohlfahrtsstaatlich organisiert, wie Mierendorff (2018) festhält. Das Potenzial einer wohlfahrtsstaatstheoretischen Perspektive liegt darin, dem Zusammenspiel von Veränderungen wohlfahrtsstaatlicher Praktiken und den Veränderungen von Kindheit theoretisch und empirisch nachzugehen. Denn so stabil Kindheit als „Strukturmuster“ ist, so

wandelbar ist sie als „Kulturmuster“ (Mierendorff 2010, S. 264). In diesem Zusammenhang wird in den vergangenen Jahrzehnten ein Wandel des dominanten Kindheitsmusters, von der Familien- hin zur sozialinvestiven Bildungskindheit, beschrieben. In groben Zügen lässt sich dieser Wandel folgendermaßen nachzeichnen: Die leitende Annahme des besonders im Westdeutschland der Nachkriegszeit hegemonialen Ideals der Familienkindheit war es, dass Kinder im Vorschulalter zunächst im *Schutze* der Familie aufwachsen sollten (Grunau/Mierendorff 2021). Demnach gab es ein „Gebot absoluter Zurückhaltung des Staates gegenüber Familien“ (Mierendorff/Olk 2006, S. 76). Dieses Ideal geriet allerdings auf Grund der in den 1970er Jahren einsetzenden wohlfahrtsstaatlichen Transformationen allmählich ins Wanken. Konstatiert wurde und wird ein Übergang vom distribuierenden zum aktivierenden, sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat (ausführlich: Lessenich 2013). Pointiert lassen sich die Veränderungen im Leistungsprinzip wie folgt ausdrücken: Von der Intervention zur Prävention und von der Versorgung zur Aktivierung im Sinne eines Forderns und Förderns (ebd.). Kindheit wird in diesem Kontext zur Schlüssellebensphase. Denn erstens sollen im Sozialinvestitionsstaat frühzeitige Investitionen in *Humankapital* vor langfristigen Kosten schützen. Zweitens werden deshalb Bildung und Wissen zu zentralen Ressourcen. Und drittens werden *Familie* und *soziale Herkunft* nicht mehr (nur) als förderlich, sondern auch als größtes Hemmnis einer *gelingenden* Bildungskindheit betrachtet (Grunau/Mierendorff 2021). Demnach kam und kommt es zu Neujustierungen im Verhältnis privater und öffentlicher Erziehung und Bildung. Im Zentrum dieser Entwicklungen steht die frühe Kindheit, die in vielfältiger Weise der Adressat wohlfahrtsstaatlicher Politiken ist (Olk 2007; 2009).

Dies drückt sich in der Kindheitsforschung aus, in der sozialinvestive Kindheitskonstruktionen in politischen Diskursen auf vielfältige Weise untersucht werden. So betrachtet Klinkhammer (2014; 2022) den Wandel des dominanten Musters früher Kindheit von der Familien- hin zur Bildungskindheit. Hierzu analysiert sie Dokumente parlamentarischer Verhandlungen und zeigt darüber auf, dass sowohl das Ende des 20. als auch der Beginn des 21. Jahrhunderts geprägt waren durch eine hohe Anzahl von Regulierungen in Bezug auf die frühe Kindheit, woran sich ein Übergang von einer wohlfahrtszentrierten hin zu einer sozialinvestiven Politik erkennen lasse (ebd.).

Bühler-Niederberger (2010) erforscht politische Debatten um Kindheit und bezieht hierbei auch Aussagen von Politiker:innen in überregionalen Printmedien mit ein. Sie identifiziert vier Aspekte, durch die generationale Ordnungen als „Element der Sozialstruktur“ (ebd., S 36) hervorgebracht werden: Mit Hilfe eines separierenden Blicks werden *erstens* Unterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern sedimentiert. Auf dieser Grundlage werden Kinder *zweitens* als Objekte der Besorgnis auf Ebene der Gesetze, Institutionen und der sozialfürsorgischen Praxis adressiert. Mit der Kategorie „Glorifizierung und Unschuld“ (ebd., S. 26)